

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

34. Sitzung vom 23. September 2013 von 19.00 bis 22.05 Uhr Casino Wohlen

Vorsitz: Marlis Spörri, Präsidentin

Protokollführung: Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz: Einwohnerrat von 19.00 Uhr bis 19.19 Uhr (bis Traktandum 4)
Mitglieder des Einwohnerrates: 34
Absolutes Mehr: 18
Zweidrittelsmehr: 23

Einwohnerrat von 19.19 Uhr bis 22.05 Uhr (ab Traktandum 5)
Mitglieder des Einwohnerrates: 35
Absolutes Mehr: 18
Zweidrittelsmehr: 24

Gemeinderat

Walter Dubler, Gemeindeammann
Matthias Jauslin, Vizeammann
Paul Huwiler, Gemeinderat
Urs Kuhn, Gemeinderat
Bruno Breitschmid, Gemeinderat
Ruedi Donat, Gemeinderat
Arsène Perroud, Gemeinderat

Weitere Anwesende

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber
Nicole Imfeld, Leiterin Abteilung Planung, Bau und Umwelt

Entschuldigungen

Stefano Omodei
Corinne Manimanakis
Alain Thiébaud (anwesend ab 19.19 Uhr)
Mika Heinsalo
Thomas Geissmann
Franz Wille

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Inpflichtnahme Harry Lütolf, CVP und Thomas Hoffmann, CVP
3. Wahl 1 Mitglied Finanzkommission
4. Wahl 1 Mitglied Einbürgerungskommission
5. Bericht und Antrag 12127 betreffend Bewilligung eines Investitionskredites für die Beschaffung von Gebührenbezugsgräten im Rahmen der Umsetzung des Parkierungskonzeptes von CHF 163'000.00
6. Antwort zur Anfrage 12111 von Christian Lanz, SVP, betreffend Mietverträge von gemeindeeigenen Liegenschaften, Wohnungen, Fahrzeugeinstellplätze und Bauland usw.
7. Bericht und Antrag 12124 Genehmigung und Inkraftsetzung kommunales Reglement betreffend Ersatzabgaben für die Befreiung von der Parkplatzerstellungspflicht
8. Bericht 12126 zum Postulat 12049 der Grünen Wohlen betreffend „Attraktiver ÖV für Wohlen : direkte S-Bahnlinie Freiamt-Limmattal-Zürich,“
9. Bericht und Antrag 12132 Politische Bildung bei Jugendlichen

Spörri Marlis, Präsidentin:

Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 24. Juni 2013 zu verzeichnen:

- Bericht und Antrag 12134 Genehmigung Kreditabrechnung: Gemeindeanteil Ausbau Knoten Halde-Bremgartenstrasse K127
- Bericht und Antrag 12135 Genehmigung Kreditabrechnung: Gemeindeanteil für die Umgestaltung des Knotens Angliker-/Nutzenbachstrasse K266/K265 (Kreisel Anglikon), Verlegung Bergbach, Hochwasserentlastung Anglikon
- Bericht und Antrag 12136 Genehmigung Kreditabrechnung: Tool Box, Partnerschaftsprojekt der Gemeinden Wohlen – Villmergen – Dottikon – Dintikon
- Bericht und Antrag 12137 Genehmigung Kreditabrechnung: Sanierung der Heizanlage in der Schulanlage Junkholz
- Bericht und Antrag 12138 Genehmigung Kreditabrechnung:
 - 1.HPS Wohlen: Planungskredit Erweiterung bis und mit Bauprojekt und Kostenvorschlag
 - 2.HPS Wohlen: Baukredit für Erweiterung und Umbau
- Bericht und Antrag 12139 Genehmigung Kreditabrechnung: Sanierung Kanalisationsleitung Dammweg
- Einladung zur Einwohnerratssitzung vom 23. September 2013
- Einladung zum Tag der offenen Tore der Feuerwehr (per Mail)
- Budget 2014 der Einwohnergemeinde
- Einladung zur Einwohnerratssitzung vom 14./15. Oktober 2013

Mitteilungen

Kuhn Urs, Gemeinderat: An mich wurde die Frage gerichtet, was es mit dem Baugesuch im Bankweg 2 auf sich habe. Dabei handelt es sich um die Gemeindebibliothek, in welcher früher, im ersten Ober- und im Dachgeschoss, das Museum untergebracht war.

Das Baugesuch wurde eingereicht, weil es eine Umnutzung dieser beiden Etagen gegeben hat. Wir haben im Gemeinderat beschlossen, die Raumnot, die wir im Gemeindehaus haben, durch die Nutzung dieser Stockwerke zu eliminieren. Wir wollen das erste Obergeschoss als Sitzungsraum und das Dachgeschoss als Informatikraum nutzen. Aufgrund der Vereinheitlichung des Einbürgerungsverfahrens, welches bedingt, dass die Einbürgerungen künftig am PC erstellt werden müssen, benötigt die Informatik der Gemeinde Wohlen diesen Raum dafür. Da gerade einige Informatikprojekte anstehen, soll das Dachgeschoss auch für Informatikschulungen der Angestellten der Gemeinde genutzt werden. Um die Schulungen effizient durchführen zu können, müssen ausreichend PC-Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Die Leitung besteht bereits.

Der Gemeinderat hat beschlossen, dass es sich hier um ein Raumprovisorium für die nächsten fünf Jahre handelt, da noch nicht klar ist, wie das Haus genutzt werden wird, wenn allenfalls die Bibliothek nicht mehr drin sein sollte. Deshalb war diese Sanierung auch keine Vorlage im Einwohnerrat. Wir werden im laufenden Budget unter dem Posten „Unterhalt ausserordentlich“ nur das Allernötigste mit einfachsten Mitteln machen lassen, um sie als Provisorium optimal für die Gemeinde nutzen zu können.

Spörri Marlis, Präsidentin: Liest das Amtsgelübde vor.

Harry Lütolf, CVP und Thomas Hoffmann, CVP, leisten für den Rest der Amtsperiode 2010/2013 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates und sind somit als Nachfolger von Corina Roeleven und Roger Waeber in Pflicht genommen.

Meyer Meinrad, CVP: Wir freuen uns, Ihnen mit Thomas Hoffmann einen exzellenten Kandidaten vorschlagen zu können. Er ist ein ausgewiesener Finanzfachmann, der als Finanzleiter bei der Firma Integra arbeitet. Während seiner zwischenzeitlichen Wohnsitznahme in Bremgarten, war er auch dort Mitglied der Finanzkommission. Er ist sehr gut qualifiziert um in der Finanzkommission tätig sein zu können, und er kann die anstehenden Fachgeschäfte gut mitentscheiden.

Antrag auf offene Abstimmung

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ersatzwahl als Mitglied der Finanzkommission

Thomas Hoffmann wird einstimmig gewählt.

Spörri Marlis, Präsidentin: Ich gratuliere Thomas Hoffmann herzlich zu dieser Wahl und wünsche ihm viel Freude in der Ausübung seines neuen Amtes.

Brunner Edwin, SVP: Wir schlagen Ihnen Daniel Meier vor. Er ist ein langjähriges und aktives Mitglied unserer Partei, geboren wurde er 1965, er ist Bürger von Baldingen und ist in Niederwil zur Schule gegangen. Sein Beruf ist Landmaschinenmechaniker, zusätzlich hat er die Lokführerausbildung gemacht. Heute arbeitet er bei der SBB als technischer Fahrzeugkontrolleur. Bei dieser Tätigkeit hat er viel Kontakt mit Menschen aus verschiedensten Ländern und wir finden, dass er für dieses Amt bestens geeignet ist.

Antrag auf offene Abstimmung

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Ersatzwahl als Mitglied Einbürgerungskommission

Daniel Meier wird einstimmig gewählt.

Spörri Marlis, Präsidentin: Ich gratuliere Daniel Meier herzlich zu dieser Wahl und wünsche ihm viel Freude in der Ausübung seines neuen Amtes.

Bericht und Antrag 12127 betreffend Bewilligung eines Investitionskredites für die Beschaffung von Gebührenbezugsgeräten im Rahmen der Umsetzung des Parkierungskonzeptes von CHF 163'000.00

Lehmann Sandra, GPK: Dieses Geschäft wurde der GPK am 13. August 2013 vom Gemeinderat Arsène Perroud und von Nicole Imfeld, der Leiterin der Abteilung Planung, Bau und Umwelt, vorgestellt. Arsène Perroud hat uns darüber informiert, dass er das Geschäft von Ruedi Donat und vom verstorbenen Gemeinderat Toni Schürmann übernommen hat. Zur Erinnerung möchte ich anmerken, dass der kommunale Gesamtplan Verkehr und das Parkierungskonzept am 21. November 2011 vom Gemeinderat beschlossen und vom kantonalen Department Bau, Verkehr und Umwelt am 2. Mai 2012 genehmigt worden sind. Es handelt sich dabei um eine behördenverbindliche Planung. Am 10. Dezember 2012 hat der Einwohnerrat den kommunalen Gesamtplan Verkehr und das Parkierungskonzept zur Kenntnis genommen.

Das Parkierungskonzept hat gezeigt, dass in Wohlen der benötigte Parkierungsraum, mit den vier grossen Parkhäusern und den privaten Parkierungsmöglichkeiten, ausreichend vorhanden ist. Mit einer Bewirtschaftung der Parkplätze wird die maximale Parkdauer beschränkt, es findet ein häufigerer Wechsel statt, und die Wirtschaftlichkeit kann für die Gemeinde verbessert werden.

In einer ersten Phase wird die Parkplatzbewirtschaftung auf den folgenden Arealen eingeführt:

- Jacob Isler-Areal
- Merkur-Areal
- Sammelgarage und Werkplatz der Sportanlage Hofmatten
- Parkplatz Gemeindebibliothek
- Parkplatz hinter dem ibw Verkaufsgeschäft
- Parkierungsanlage Schwimmbad
- Parkplatz Friedhof und Abdankungshalle

Die jetzige Tarifgestaltung sieht einen Gebührenbezug von CHF 1.00 pro Stunde vor. In dem vom Gemeinderat beantragten Kredit, ist die Anschaffung der Parkuhren mit CHF 120'000.00 die grösste Position. Aufgeführt sind auch die Kosten für das Bauamt. Es handelt sich zwar um eine interne Verrechnung, welche die Gemeindefinanzen nicht belastet, aus Gründen der Transparenz sind die Kosten aber trotzdem aufgeführt.

In der GPK wurde insbesondere darüber diskutiert, weshalb in der Sportanlage Niedermatten weiterhin gebührenfrei parkiert werden kann aber in der Sportanlage Hofmatten und bei der Badi nicht. Arsène Perroud hat uns erklärt, dass bei der Badi das Problem besteht, dass die Kantonsschüler gratis parkieren und bei den Hofmatten die Parkplätze auch durch Schüler des BBZ genutzt werden. Somit stehen diese Parkplätze meistens nicht den Nutzern der entsprechenden Anlagen zur Verfügung. In der Niedermatten ist die Problematik der Fremdnutzung bisher unbekannt. Würde die Niedermatten bewirtschaftet, müsste mit Kosten von CHF 8'000.00 pro Parkuhr gerechnet werden.

Die GPK hat auch nachgefragt, weshalb zum jetzigen Zeitpunkt keine Parkkarten vorgesehen sind. Arsène Perroud hat uns erklärt, dass die Vorlage auf Bewirtschaftung mit Gebührenbezugsgeräten beschränkt ist und das Thema Parkkarten die Vorlage gesprengt hätte.

Die GPK wollte weiter wissen, ob es für die Regionalpolizei viel zusätzlichen Aufwand bedeutet, die sieben neuen Standorte zu bewirtschaften. Arsène Perroud hat uns gesagt, dass dies mit dem vorhandenen Personal machbar sei und dass heute bereits zweimal täglich, zu unterschiedlichen Zeiten, kontrolliert werde.

In der Abstimmung hat die GPK dem Antrag des Gemeinderates zum Kredit von CHF 163'000.00 zur Finanzierung der Phase 1 des Parkierungskonzepts mit 6 Ja- und 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Die Geschichte der Parkgebühren in Wohlen ist bereits eine längere. Es gab einmal eine Vorlage, bei der in der ganzen Gemeinde Parkgebühren verlangt worden wären, diese wurde aber abgelehnt. Die alte Vorlage wurde nun überarbeitet und im Dokument Parkierungskonzept der Gemeinde Wohlen niedergeschrieben. Das Instrument ist behördenverbindlich.

Der Einwohnerrat hat das Parkierungskonzept grundsätzlich positiv entgegen- und zur Kenntnis genommen. Uns liegt hiermit die Umsetzung der Variante vor, die es ermöglicht, die Parkgebühren zu erheben.

Gerne erläutere ich die Ziele des Parkierungskonzeptes. Die Verbesserung der Verkehrssituation steht im Vordergrund. Die Parkplätze sollen gesteuert und bewirtschaftet werden. Am Bahnhof muss beispielsweise ein häufigerer Wechsel stattfinden als bei einer Sportanlage. Dies soll mit verschiedenen Einstellungen benutzungsgemäss geregelt werden können. Des Weiteren soll ein einfaches und leicht verständliches System für die ganze Gemeinde eingeführt werden und schlussendlich soll der Bedarf an Parkplätzen abgedeckt werden können. Im Parkierungskonzept werden der Bedarf und die vorhandenen Plätze ausgewiesen.

Die vorliegende Version sieht vor, dass eigentlich der Ortskern plus Badi und Eisbahn sowie der Sorenbühlweg bewirtschaftet werden müssen. In einer zweiten Phase soll dann ein statisches Parkleitsystem eingeführt werden, das zeigt, an welchen Standorten noch Parkplätze zur Verfügung stehen.

Die ganze Vorlage ändert nichts am bisherigen Gebührensystem von CHF 1.00 pro Stunde. Es ist geplant, dass Leute die regelmässig am selben Ort parkieren auch Tages- oder Monatskarten lösen können. Dies gilt natürlich auch für das Gemeindepersonal, welches auf dem Merkurareal parkiert. Für das Gemeindepersonal sollen Lösungen gefunden werden, die wir dann im Rahmen der Spesenentschädigungen über die Gemeinde Wohlen abwickeln können.

Die Anschaffung dieser Parkuhren ist schlussendlich notwendig, damit wir das Parkierungskonzept, wie es uns hier vorliegt, umsetzen können. Mit diesem Kredit wird dies ermöglicht.

Fraktionsmeinungen / Anträge

Stäger Urs, SVP: Grundsätzlich unterstütze ich den vorliegenden Bericht und Antrag voll und ganz. Schleierhaft ist mir nur, warum die Parkplätze in den Niedermatten davon ausgenommen sind. Auch jene Parkplätze kosten die Gemeinde jedes Jahr Geld, und das investierte Kapital sollte eine Rendite bringen. Eine Mehrheit der Benutzer der Parkplätze bei der Sportanlage ist nicht in Wohlen steuerpflichtig und benutzt die grosszügig subventionierte Anlage kostenlos.

Ich stelle den Antrag, dass auch diese Parkplätze gebührenpflichtig werden und dies von 6.00 bis 22.00 Uhr. In einem zweiten Schritt sollte auch eine Nachtparkgebühr in Erwägung gezogen werden.

Antrag: Die Parkplätze in den Niedermatten sollen gebührenpflichtig werden und dies von 6.00 bis 22.00 Uhr.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Aufgrund der Abstimmung, bei der es darum ging, flächendeckend Parkgebühren einzuziehen und aus dem Resultat, das dort von den Gegnerschaft, unter anderem auch von den Sportvereinen, die in den Niedermatten einquartiert waren, herauskam, ist man davon ausgegangen, dass man auf Gebührenerhebung in den Niedermatten verzichten wollte. Was wir jetzt hier einführen, ist die Variante, die sich auf die politische Einschätzung des Abstimmungsergebnisses stützt, die schlussendlich hier im Parkierungskonzept niedergeschrieben wurde. Ich möchte Sie noch aus einem anderen Grund bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen: Die Aufarbeitung einer richtigen Vorlage mit allen Detailfragen müsste man gründlicher anschauen und dies jetzt hier einfach mitzuentcheiden wäre nicht ganz seriös.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich schlage vor, dass wir zuerst die Fraktionssprecher anhören und dann die Einzelvotanten, vielleicht entstehen daraus Anträge. Dies wäre wahrscheinlich sinnvoll, vor allem deshalb, weil später auch einige fundamentale Bedenken geäußert werden können. Dies ist kein Ordnungsantrag, sondern ich rege dieses Vorgehen nur an.

Geissmann Armin, FDP: Es handelt sich hier um eine langfristige Planung, die seit 2011 läuft und jetzt auch sauber weitergeführt werden muss.

Brunner Edwin, SVP: Viele von Ihnen wissen wahrscheinlich, dass ich seit rund 30 Jahren als Fussballschiedsrichter tätig bin. Dieses Amt führt mich auf verschiedenste Fussballplätze in der ganzen Schweiz. Als Zuschauer zahle ich dort immer eine Parkplatzgebühr, als Schiedsrichter nicht. Gerne erkläre ich meinen Lösungsvorschlag. Wie bereits gesagt wurde, handelt es sich meistens um auswärtige Besucher. Diese müssen etwas dafür bezahlen, dass sie die Niedermatten als Zuschauer benützen. Mein Vorschlag ist, dass Matchbesucher pro Auto CHF 5.00 bezahlen. Gemeindemitarbeitende könnten diese Parkgebühr, eine Stunde vor Matchbeginn, bei der Einfahrt einziehen. Zu diesem Zeitpunkt sind sämtliche Spieler, Schiedsrichter oder Mitarbeiter der Restauration bereits im Stadion und müssen somit keine Gebühr bezahlen. Ich frage Sie, was spricht gegen den Vorschlag von Urs Stäger?

Keller Anna, Grüne: Ich werde dem Antrag von Urs Stäger zustimmen, da ich schon immer dafür war, dass nicht nur bei der Eisbahn sondern auch bei den Niedermatten Gebühren erhoben werden.

Lehmann Sandra, GLP: Wir werden dem Antrag von Urs Stäger auch zustimmen. Wir finden es gut, wenn auch in den Niedermatten Gebühren erhoben werden.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir haben hier einen Kreditantrag auf dem Tisch, der Gemeinderat möchte Geld, um Investitionen vorzunehmen. Es geht hier eigentlich nicht darum, darüber zu entscheiden, in welchen Gemeindegebieten man Parkgebühren erhebt oder nicht. Wir beschliessen heute ob ein Kredit von CHF 163'000.00, zur Umsetzung der Phase 1 des Parkierungskonzepts, bewilligt wird. Ich habe mich gefragt, wie andere Gemeinden damit umgehen. In Aarau beispielsweise gibt es ein Parkierungsreglement, in dem festgehalten ist, in welchen Gebieten welche Gebühren erhoben werden. In unserem Gebührenreglement steht lapidar CHF 1.00 pro Stunde. Da stellt sich bereits die Frage, wie sich diese Gebühr mit der Tagespauschale verträgt, die es damit ja nicht geben darf. Hier werden Anträge dazu gestellt, welche Gebiete bewirtschaftet werden sollen. Ich werde auch gleich einen Antrag stellen, auch wenn ich das Vorgehen nicht korrekt finde. Ich bin gegen die Vor-

lage, weil es mehr Gebühren gibt. Ich bin der Auffassung, dass wir nur das beschliessen was auf Seite 5 oben steht und nicht darüber befinden, welche Parkplätze bewirtschaftet werden sollen oder eben nicht.

Da wir die Lohnerhöhungen für das Gemeindepersonal aus Spargründen ablehnen werden, sind wir der Ansicht, dass auf dem Merkurareal keine Parkgebühren erhoben werden sollen, denn diese würden vor allem das Gemeindepersonal betreffen. Das Gemeindepersonal soll keine Gebühren bezahlen müssen auf dem Merkurareal.

Antrag: Streichung Spalte 2 auf Seite 3, Merkurareal.

Suter Stephan, SP: Wir unterstützen den Antrag von Urs Stäger. Eine Frage haben wir trotzdem. Was würde die Parkuhrbewirtschaftung auf den Niedermatten kosten? Ich nehme an, dass niemand dort stehen möchte, um die Gebühren einzutreiben, da er vermutlich ziemlich negative Kommentare über sich ergehen lassen müsste.

Lütolf Harry, CVP: Wir befinden heute nur über den Kredit und nicht darüber, wo Gebühren erhoben werden sollen. Um hier über den Antrag befinden zu können, möchte ich den Inhalt genau kennen. Vorhin haben wir von Sandra Lehmann gehört, dass es im Zusatzantrag um eine Gleichbehandlung der Niedermatten geht. Wenn ich nun aber den genauen Wortlaut anschau, soll die Gebühr auch am Sonntag erhoben werden. Dies ist an den anderen Orten aber nicht der Fall. Deshalb sollte in den Niedermatten, zwecks Gleichbehandlung, am Sonntag auch keine Gebühr erhoben werden.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Wir beantragen den Kredit für die Beschaffung der Parkuhren und nicht mehr. Das Parkierungskonzept sieht zwei Varianten vor. Die Gemeinde hat sich auf die Variante zwei verständigt. Wir haben hier eine Legende, in welcher aufgeführt ist, wie und in welchen Gebieten Gebühren erhoben werden sollen. Dies ist in unserem Konzept festgehalten. Die Idee, die Niedermatten zu bewirtschaften, gefällt mir gut, ist aber in der Umsetzung nicht ganz einfach. Uns liegt viel daran, dass wir das Konzept umsetzen können, und wir sind der Meinung, dass wir mit dieser Grundlage auch dazu in der Lage sein werden. Der Gemeinderat ist sich der Verantwortung gegenüber dem Gemeindepersonal bewusst und wir haben auch das nötige Feingefühl um bei Parkplatzdiskussionen darauf Rücksicht zu nehmen. Das Gemeindepersonal soll gratis Parkierungsmöglichkeiten haben. In unserem Antrag geht es um die CHF 163'000.00 für die Anschaffung der Parkuhren.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Im Gebührenreglement steht nicht, dass der Gemeinderat darüber bestimmen kann, an welchen Orten Parkplatzgebühren erhoben werden. Der Einwohnerrat müsste dies im Rahmen einer Revision des Parkgebührenreglements beschliessen. Wenn es hier nur um den Kreditbetrag geht, können wir darüber befinden. Wir laufen allerdings Gefahr, dass jemand seine Parkbusse nicht bezahlen muss, da die Rechtsgrundlage für die Gebührenerhebung fehlt.

Stäger Urs, SVP: Die Sportanlagen werden vor allem am Wochenende und damit auch am Sonntag genutzt.

Brunner Edwin, SVP: Es wäre nicht richtig, wenn die Besucher der Niedermatten nur am Samstag aber nicht am Sonntag Parkgebühren bezahlen müssten. Ich bin auch der Meinung, dass dieses Problem nicht mit Parkuhren gelöst werden muss, sondern mit einer Person die in der Zufahrt steht. Mit diesen Einnahmen könnte eine Erneuerung des Kunst Rasens finanziert werden.

Thièbaud Alain, GLP: Ich finde es problematisch, wenn wir heute diesen Beschluss fassen. Ich kann den Konkretisierungsgrad des Parkierungsreglements hier nicht gerade nennen,

finde es aber doch befremdend, wenn wir heute einen Kredit für eine bestimmte Anzahl Parkuhren beschliessen, die man an Orten aufstellen will an denen man dann eventuell, mit dem entsprechenden Reglement, gar keine Bewilligung dafür erhält. Ich würde es gut finden, wenn dieser Antrag zurückgezogen werden würde und dann später, zusammen mit dem entsprechenden Reglement, noch einmal beantragt würde.

Lütolf Eric, CVP: Es steht hier, dass es sich um eine Phase 1 handelt und es ist bereits bestimmt, wo die Parkuhren dafür aufgestellt werden sollen. Geht es hier um eine Beschaffung und man bestimmt nachher, wo sie aufgestellt werden oder stimmen wir hier über die Phase 1 ab?

Perroud Arsène, Gemeinderat: Es steht im Parkierungskonzept und im Bericht und Antrag wo die Parkuhren aufgestellt werden sollen. Wir haben dies im Sinne der Transparenz aufgezeigt. Ich bin der Meinung, dass im Anhang 7 des Gebührenreglements, der erst vor kurzem revidiert wurde, die gesetzliche Grundlage besteht. Bei Monats- oder Tageskarten werden nicht die Anzahl Stunden gezählt, sondern es handelt sich um einen günstigeren Tarif. Unsere Auslegung war, dass wir hier keine Anpassung im Reglement vornehmen müssen.

Geissmann Armin, FDP: Es geht eigentlich darum, dass wir hier ein Konzept als Grundlage bieten und weiterführen können.

Meyer Meinrad, CVP: Ich werde dem Antrag nicht zustimmen. Ich werde den Verdacht nicht los, dass es hier darum geht, dem FC Wohlen zu schaden. Es gibt in den Niedermatten auch noch sehr gut frequentierte Tennisplätze und nicht nur Matchbesucher.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir müssen erst die Frage klären, ob über diese Anträge abgestimmt werden darf. Weiter steht im Anhang 7 des Reglements, dass die Gebühr pro Stunde CHF 1.00 beträgt, gültig ab 1. April 2013. Wenn jetzt jemand sagt, auf dieser Basis könne man eine Tagespauschale verlangen, dann sage ich, dass man das kann und die Tagespauschale dann CHF 24.00 beträgt. Andere Regelungen verstossen gegen den Wortlaut. Dieser Anhang wird in der Umsetzung Probleme mit sich bringen.

Brunner Edwin, SVP: Wenn ich von Phase 1 und Phase 2 höre, dann läuten bei mir die Alarmglocken und ich frage mich, wie viele Phasen es noch geben wird. Vorliegend habe ich einen öffentlichen Brief des Gemeinderates, datiert vom 30. September 2008, darin steht, das neue Parkplatzbewirtschaftungssystem hätte zu einer weiteren Steuerfussenkung von 1% geführt. Wenn wir hier Ja sagen sollten, wo bleibt diese Steuerfussenkung?

Perroud Arsène, Gemeinderat: Der Gemeinderat hält an dieser Vorlage fest.

Vogt Roland, SVP: Ich bin dagegen, dass in der Niedermatten Gebühren erhoben werden. Ich finde es falsch, dass Leute, welche gerne Sport treiben wollen, dafür bezahlen müssen. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, werde ich einen Zusatzantrag stellen und zwar, dass die Sammelgarage und der Vorplatz der Sportbauten Hofmatten auch nicht gebührenpflichtig sind. Es kann nicht sein, dass man die Vereine unterschiedlich behandelt.

Antrag: Die Sammelgarage und Vorplatz der Sportbauten Hofmatten werden von der Gebührenpflicht ausgenommen.

Lütolf Harry, CVP: Wir sind uns wahrscheinlich einig darin, dass wir eine Gebührenerhebung möchten. Ich kann aber die Folgen der Gebührenerhebung im Sportzentrum Niedermatten nicht genau abschätzen. Wenn beispielsweise auch am Sonntag kontrolliert werden soll, muss eine Person dafür abgestellt werden. Dies bringt auch wieder Kosten mit sich. Ich würde vorschlagen, dass der Zusatzantrag zurückgezogen wird. Zu einem späte-

ren Zeitpunkt könnten dann auch die Niedermatten ins Reglement aufgenommen werden, dann nämlich, wenn man Transparenz über die Konsequenzen hat.

Thièbaud Alain, GLP: Ich werde sämtliche Zusatzanträge ablehnen.

Brunner, Edwin, SVP: Wenn im Sportzentrum Niedermatten ein Match ausgetragen wird, ist immer mindestens eine Patrouille unterwegs.

Rückweisungsantrag (Ordnungsantrag)

Lanz Christian, SVP: Zum Bericht und Antrag 12127 stellen wir den Rückweisungsantrag und beauftragen den Gemeinderat, das Geschäft neu zu erarbeiten und dem Einwohnerrat neu zu unterbreiten.

Hafen Dieter, CVP: Wir sind einstimmig für die Beschaffung der Parkuhren. Für alle weiteren Anliegen möchten wir, dass ein neuer Bericht und Antrag erstellt wird.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Wir diskutieren schon lange über die Bewirtschaftung von Parkplätzen. Der Gemeinderat hatte bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine Vorlage ausgearbeitet, in welcher der auch das Sportzentrum Niedermatten enthalten war. Leider wurde diese vom Volk abgelehnt. Nun liegt ein Antrag vor, dass das Geschäft zurückgewiesen werden soll, obschon wir ganz klar formuliert haben, was benötigt wird. Um erfolgreich den ersten Schritt zu gehen, brauchen wir zwingend die geforderten Mittel. Wir bitten Sie darum, dass Sie diese Zusatzanträge zurückziehen. Wir garantieren Ihnen, dass wir die Problematik der Tages- und Nachtpauschalen, Karten etc. in einem Gebührenreglement aufarbeiten und Ihnen, zu einem späteren Zeitpunkt, noch einmal vorlegen werden.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich finde die Garantie gut, wenn Matthias Jauslin noch sagen könnte, wer dieses Reglement beschliessen wird? Wenn er sagt, dass der Einwohnerrat über die Gebührenhöhe und Standorte beschliessen kann, dann können wir den Rückweisungsantrag zurückziehen und über den Kredit abstimmen.

Keller Anna, Grüne: Ich stimme gegen die Rückweisung. Ich möchte, dass der erste Schritt gemacht werden kann. Ich begrüsse es, wenn der Gemeinderat einen weiteren Bericht und Antrag betreffend den Gebühren vorlegt.

Burkard Thomas, Grüne: Ich lehne den Rückweisungsantrag ebenfalls ab. Ich finde, dass wir zu einem späteren Zeitpunkt über die Niedermatten diskutieren sollten. In anderen Orten werden Gebühren für Matchbesucher erhoben. Ich sehe nicht ein, weshalb dies in Wohlen anders sein soll. Ich bin der Meinung, dass das Gebührenreglement für alle Parkplätze in Wohlen gelten sollte.

Weibel Christoph, Gemeindegeschreiber: Ich nehme Bezug auf das Votum von Jean-Pierre Gallati. Das Gemeindegesezt sieht vor, dass Erlasse zu Gebührenreglementen zwingend im Einwohnerrat behandelt werden müssen. Somit würde eine allfällige Vorlage dem Einwohnerrat vorgelegt werden.

Abstimmung

Der Rückweisungsantrag der SVP wird mit 10 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen abgelehnt.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ich äussere mich zum Antrag von Urs Stäger. Die Annahme des Antrages hätte eine Krediterhöhung zur Folge, welche mit der aktuellen Ausgangsposition nicht definiert werden kann. Der Gemeinderat müsste dies erst ausarbeiten.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wenn wir allen drei Anträgen zustimmen, könnte ich mir vorstellen, dass wir genau die richtige Anzahl Parkuhren erhalten werden.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Antrag für die CHF 163'000.00 zu und lehnen Sie die Zusatzanträge ab. Wir haben Ihre Voten gehört und nehmen sie auch ernst.

Abstimmung

Der Antrag der SVP (Urs Stäger)

Ich stelle den Antrag, dass auch diese Parkplätze gebührenpflichtig werden und dies von 6.00 bis 22.00 Uhr. In einem zweiten Schritt sollte auch eine Nachtparkgebühr in Erwägung gezogen werden.

wird mit 13 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Abstimmung

Der Antrag der SVP (Jean-Pierre Gallati)

Antrag: Streichung Spalte 2 auf Seite 3, Merkurareal.

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 25 Nein-Stimmen abgelehnt.

Vogt Roland, SVP: Wir haben entschieden, dass die Parkplätze beim Sportzentrum Niedermatten nicht gebührenpflichtig werden und ich finde, dass alle Sportvereine in der Gemeinde gleich behandelt werden sollten und somit auch die Hofmatten nicht gebührenpflichtig sein sollte.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Die Bewirtschaftung der Garage Hofmatten ist ein ausdrücklicher Wunsch des Berufsbildungszentrums. Es ist auch vorgesehen, dass die Parkgebühren lediglich bis 19 Uhr anfallen, was bedeutet, dass die meisten Sportler keine Gebühren bezahlen müssen. Eigentlich bin ich der gleichen Meinung wie Jean-Pierre Gallati, dass ein solcher Antrag innerhalb der Beratung gar nicht gestellt werden kann, weil wir lediglich über den Kredit abstimmen.

Abstimmung

Der Antrag der SVP (Roland Vogt)

Die Sammelgarage und Vorplatz der Sportbauten Hofmatten werden von der Gebührenpflicht ausgenommen. Der Plan auf Seite 3 ist anzupassen.

wird mit 13 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen abgelehnt.

Fraktionsmeinungen

Brunner Edwin, SVP: Es wurden wieder alle drei Zusatzanträge der SVP abgelehnt. Leider war dies zu erwarten. Wahrscheinlich geht es jetzt auch weiter mit dem sogenannten Gebührenwahnsinn. Es rollt eine Gebührenlawine auf uns zu. Das Volk soll weiter bluten und bezahlen. Ich bin der Meinung, dass uns zuerst eine richtige Vorlage unterbreitet werden muss, davor sollten wir nicht über eine Anschaffung von neuen Geräten abstimmen.

Vogt Roland, SVP: Bei der Abdankungshalle steht bereits eine Parkuhr, die muss jemand bewilligt und bezahlt haben. Kann der Gemeinderat darüber Auskunft geben?

Perroud Arsène, Gemeinderat: Das ist die Parkuhr welche die Gemeinde Wohlen bereits vor längerer Zeit gekauft hat. Sie stand früher auf dem Feldschlösschen Areal, welches bebaut wird. Sie wurde lediglich an einen neuen Standort versetzt.

Wüthrich Beat, Grüne: Unsere Fraktion ist einstimmig für den Kredit. Wir sind weiter der Ansicht, dass die Parkplätze beim Sportzentrum Niedermatten künftig bewirtschaftet werden sollten. Über die Tatsache, dass es keine neuen Parkplätze braucht in Wohlen, haben wir uns gefreut.

Geissmann Armin, FDP: Wir haben die Chance das Planungskonzept zu überarbeiten und richtig realisieren zu können. Wohlen ist auf dem richtigen Weg, wenn wir nicht mehr planen sondern ausführen. Der Einwohnerrat ist auf dem richtigen Weg. Die FDP wird der Vorlage zustimmen.

Stirnemann Alex, SP: Unsere Fraktion stimmt dem Antrag zu. Das Thema Sportzentrum Niedermatten kann man zu einem späteren Zeitpunkt anschauen. Wir sind jedoch der Ansicht, dass die dortigen Parkplätze gebührenpflichtig werden sollten.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

Bewilligung eines Investitionskredites in der Höhe von CHF 163'000.00 zur Umsetzung der Phase I des Parkierungskonzeptes.

wird mit 22 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Antwort zur Anfrage 12111 von Christian Lanz, SVP, betreffend Mietverträge von gemeindeeigenen Liegenschaften, Wohnungen, Fahrzeuginstellplätze und Bauland usw.

Lanz Christian, SVP: verlangt die Diskussion.

Abstimmung:

Der Diskussion wird mit 24 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Lanz Christian, SVP: Die Beantwortung meiner Frage hat neun Monate gedauert. Ich betrachte den Mieterspiegel als unvollständig, vermietete Parzellen die eigentlich Bauland wären, werden einfach nicht bewirtschaftet.

Antwort 1

Laut Gemeinderat handelt es sich um Benützungsschädigungen und nicht um Mieten. Das ist total absurd. Auch alte Projekte können und werden vermietet. Fest steht, dass die erzielten Erträge doch mindestens die Unkosten decken sollten, was sie aber nicht tun.

Antwort 2 und 3

Mietzinsen für Abwartwohnungen werden nur unregelmässig und bei Mieterwechseln angepasst oder sogar gar nicht. Ich möchte wissen, wie sich diese Beträge zusammensetzen. Weshalb kostet eine 5 ½ Zimmer-Abwartwohnung im Junkholzsulhaus CHF 811.30 oder eine 4 ½ Zimmer-Wohnung für den Abwart des Schulhauses Bünzmatte CHF 765.50? Vielleicht sind diese äusserst günstigen Wohnungen sogar ein Lohnbestandteil und damit im Lohnausweis und der Steuererklärung zu deklarieren.

In Wohlen sind 4 ½ Zimmer-Wohnungen zwischen CHF 1'250.00 und CHF 1'400.00 mit Nebenkosten von CHF 300.00 bis CHF 350.00 zu vermieten. Eine 5 ½ Zimmer-Wohnung kostet CHF 1'875.00 plus CHF 500.00 Nebenkosten. Es stellt sich die Frage nach der Verhältnismässigkeit. Mir ist bewusst, dass Abwartwohnungen mit Mehrlärm und Mehraufwand belastet sind und sich auch nicht, wie die teureren Wohnungen, im Grünen befinden. Dass diese Wohnungen jedoch 50% günstiger vermietet werden als marktüblich, kann ich nicht nachvollziehen. Die Abwarte haben auch im Vergleich zur Privatwirtschaft gute Löhne.

Weiter ist anzumerken, dass im Mietpreis der Abwartwohnung im Junkholz sogar die Stromkosten inbegriffen sind. Da im Junkholz nur ein Zähler vorhanden ist, frage ich mich, wie die Kosten für Heizung und Wasser separat ausgewiesen werden. Ich möchte vom Gemeinderat wissen, wann die Mietzinsen angepasst werden. Ich erwarte vom Gemeinderat heute eine klare Stellungnahme, sonst müssten wir einen weiteren Vorstoss zu diesem Thema machen.

Benützungsschädigungen des Geissmann-Haus

Im Obergeschoss wird ein Lagerraum für jährlich CHF 100.00, inkl. Nebenkosten, vermietet. Im Dachgeschoss wird ein Musikraum für monatlich CHF 190.00, inkl. Nebenkosten vermietet. Im Erdgeschoss wird ein Ausstellungsraum, in welchem Tag und Nacht Licht brennt um die Objekte zu beleuchten, für monatlich CHF 258.33, inkl. Nebenkosten, genutzt. Ich möchte wissen, wann diese Mietzinse dem Markt angepasst werden. Wir könnten diese Häuser auch schliessen und hätten dann keine Unkosten mehr. Dies wäre wahrscheinlich günstiger.

Antworten 4 bis 7

Die Miete der Garage in der alten IBW-Scheune beträgt ganze CHF 30.00.

Antworten 8 bis 10

Diese zeigen klar auf, wie unseriös gearbeitet wird. Der Mietzins ertrag beträgt hier jährlich CHF 72.00. Dies für wertvolles Bauland, welches seit 1994 unverändert ist. Da können sich die Pächter darüber freuen. Der Gemeinderat ist offenbar nicht bereit, aus finanzpolitischen Gründen Bauland zu veräussern. Wohlens hat ja schliesslich Geld im Überfluss und wenn es einmal nicht genügt, dann wird der Steuerfuss erhöht. Es freut die Steuerzahler bestimmt, wenn sie erfahren, wie viel verschenkt wird. Ich erwarte vom Gemeinderat diesbezüglich eine marktgerechte und seriöse Bewirtschaftung.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Wir haben die Antworten aufgrund der Fragen im Vorstoss gegeben. Jetzt werden klare Antworten verlangt. Wir können keine klareren Antworten geben. Wenn der Anfrager damit nicht zufrieden ist und die Ansicht vertritt, dass der Gemeinderat die Fragen nicht vollständig beantwortet hat, dann hat er die Möglichkeit erneut einen Vorstoss einzureichen.

Ich empfehle dem Einwohnerrat weiterzugehen und nicht nur Anfragen zu machen sondern eine Motion oder ein Postulat einzureichen. Der Gemeinderat hat einen Mieterspiegel erstellt, dieser bildet die momentane Situation ab. Sie haben die Diskussion verlangt und müssen diese nun auch führen. Der Gemeinderat kann nicht mehr tun, als Ihre Fragen zu beantworten.

Brunner Edwin, SVP: Ich sehe hier eine Möglichkeit, mit marktgerechten Mieten mehr Geld einzunehmen. Wie Matthias Jauslin gesagt hat, will der Gemeinderat uns keine Antworten geben und keine Vorschläge unterbreiten. Der Gemeinderat will seine Arbeit gar nicht tun. Somit werden wir ein Postulat ausarbeiten.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Eine Anfrage ist kein Auftrag. Wir haben die Fragen bestmöglich beantwortet, wenn Sie mit der Beantwortung unzufrieden sind müssen Sie einen konkreten Auftrag, also eine Motion oder ein Postulat, einreichen.

Tanner Peter, SVP: Wahrscheinlich ist es so wie Matthias Jauslin es formuliert hat. Der Gemeinderat könnte jedoch auch von sich aus tätig werden und muss nicht warten bis jemand einen Auftrag erteilt. Oftmals arbeitet der Gemeinderat auch von sich aus.

Es wäre im vorliegenden Fall gegenüber dem Steuerzahler fair, wenn der Gemeinderat von sich aus etwas gegen die so wenig marktüblichen Mietpreise unternehmen würden. Er könnte einen Termin nennen, bis wann er die Situation verändern möchte.

Sax Simon, GLP: Ich bin mit dem Gemeinderat einverstanden, möchte aber doch einen Schritt weitergehen. Man sieht, dass hier Handlungsbedarf besteht, da diese Liegenschaften nicht aktiv bewirtschaftet und ganz sicher finanziell nicht optimal vermietet werden. Hier muss eine Motion oder ein Postulat eingereicht werden. Wenn der Gemeinderat nicht selbst aktiv wird, muss der Auftrag von aussen kommen.

Jauslin Matthias, Vizeammann: Ich möchte noch ergänzend erwähnen, dass der Gemeinderat bei der Frage 10 erklärt, dass weitere Abklärungen veranlasst werden und auch der Verkauf oder der eventuelle Eigenbedarf geprüft wird.

Bericht und Antrag 12124 Genehmigung und Inkraftsetzung kommunales Reglement betreffend Ersatzabgaben für die Befreiung von der Parkplatzerstellungspflicht

Vogt Roland, GPK: Die Ersatzabgabe für die Befreiung von der Parkplatzerstellungspflicht wurde in unserer Gemeinde bis dato über ein kantonales Reglement geregelt. Diese Verordnung endet per Ende dieses Jahres. Ab dem 1. Januar 2014 besteht keine rechtliche Grundlage mehr. Will der Gemeinderat diese Gebühr weiterhin erheben, braucht die Gemeinde Wohlen ein eigenes Reglement und muss dieses bis spätestens 1. April 2014 in Kraft setzen.

Auf der Basis der bisherigen kantonalen Grundlage wurde das vorliegende kommunale Reglement erstellt und baujuristisch von einem Rechtsanwalt überprüft. Die Gebühr von CHF 6'000.00 pro nicht erstelltem Parkplatz wurde übernommen und ist vergleichbar mit den benachbarten Gemeinden. Das Reglement wird von der GPK unterstützt.

Als wichtig erachtet es die GPK, dass der vorhandene Spezialfonds „Parkplatzersatzabgabe“, in welchem Ende 2012 CHF 385'000.00 vorhanden war, nicht für irgendwelche Projekte zweckentfremdet wird. Die entsprechenden Einnahmen werden weiterhin auf dem vorhandenen Konto verbucht und zweckgebunden z.B. für neue Parkplätze oder ein Parkhaus verwendet. Die GPK unterstützt den Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Sprecher der GPK hat alles gesagt, wir bitten Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Fraktionsmeinungen

Thièbaud Alain, EVP/GPL: Wir sind mit dem Reglement einverstanden. Die wesentlichen Grundlagen sind bereits im kantonalen Gesetz geregelt. Die Abgabehöhe ist angemessen.

Brunner Edwin, SVP: Ich schliesse mich den vorherigen Sprechern an, wir stimmen einstimmig dafür.

Lütolf Eric, CVP: Auch wir sind einstimmig für den Bericht und Antrag und erachten das Reglement als gut.

Duschén Andrea, FDP: Wir werden auch zustimmen. Wir empfinden es jedoch als verpasste Chance, die Gebühren von CHF 6'000.00 ein wenig anzuheben.

Burkard Thomas, Grüne/SP: Wir befürworten den Bericht und Antrag einstimmig. Für uns stellt sich aber die Frage, wie die entsprechenden Einnahmen verwendet werden sollen. Wir haben bereits vom Sprecher der GPK gehört, dass per Ende 2012 im Spezialfonds Parkplatzersatzabgabe CHF 385'000.00 vorhanden sind. Gemäss kantonalem Baugesetz, § 58, Abs. 4, sind diese Abgaben zweckgebunden zu verwenden. Ich zitiere:

„Die Ersatzabgaben sind zu verwenden für a) die Erstellung von öffentlichen Parkieranlagen oder b) für Anlagen des öffentlichen Verkehrs oder des nicht-motorisierten Privatverkehrs, die den abgabepflichtigen Grundeigentümern dienen.“

Wir möchten vom Gemeinderat wissen, wie beabsichtigt wird, dieses Geld wirklich zu verwenden. Für uns Grüne wäre es denkbar, dass diese Gebührenbezugsgeräte, deren Anschaffung wir vorhin bewilligt haben, aus diesem Fonds bezahlt werden könnten.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Sprecher der GPK hat darüber gesprochen wie dieses Geld verwendet werden soll. Man muss sich den Sinn des Wortes von „Ersatzabgabe“ überlegen. Gerne gebe ich Ihnen dazu ein konkretes Beispiel: Der Besitzer des Kebab-Ladens musste Ersatzabgaben bezahlen. Das heisst für ihn jedoch nicht, dass das Problem gelöst ist, denn die Autos der Kunden werden irgendwo anders parkiert. Wenn beispielsweise auf dem Jacob-Isler-Areal ein Parkhaus gebaut würde, dann könnte man dieses Geld dafür verwenden. Der Vorschlag mit dem Geld die Anschaffung der Parkuhren zu finanzieren erscheint mir nicht zweckbestimmt. Bis anhin wurde das Geld nicht eingesetzt. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir den gesetzlichen Bestimmungen Folge leisten und das Geld nicht anderweitig verwenden, denn das wäre nicht korrekt.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Der Einwohnerrat kann heute über ein gutes Reglement beschliessen. Wozu braucht es dieses Reglement? Bei den Parkgebühren scheint es kein Reglement zu brauchen aber hier braucht es eines. Es ist auch richtig, dass es eines braucht. Wir haben uns auch bei mindestens fünf der vergangenen Jahresrechnungen gefragt was mit dem Geld gemacht werden wird. Das Baugesetz wurde zitiert und Gemeindeammann Walter Dubler sagte, es müsse tatsächlich so verwendet werden wie es im Gesetz steht. Es stellt sich jedoch nach wie vor die Frage, wann und wofür verwendet man das Geld. Denn wenn man zurückschaut sieht man, dass die Gemeinde Wohlen bisher kein Geld aus diesem Fonds verwendet hat. Somit müsste man den Gemeinderat fragen, was er zu tun gedenkt. Ich nehme aber an, dass der Gemeinderat nichts unternommen wird, wenn kein Vorstoss gemacht und überwiesen wird.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte darauf hinweisen, dass ich vorhin ein konkretes Beispiel genannt habe, wie das Geld verwendet werden könnte. Sollte auf dem Jacob-Isler Areal gebaut werden, dann werden das keine Privaten bezahlen, sondern die Gemeinde. Dann werden wir über die vorhandenen finanziellen Mittel froh sein. Dies ist eine Möglichkeit, um das Geld sinnvoll und gemäss Gesetz einzusetzen.

Tanner Peter, SVP: Die SVP sagt Ja zu diesem Bericht und Antrag. Damit sei angemerkt, dass wir nicht die Partei der Nein-Sager sind, sondern durchaus in der Lage sind bei guten Vorschlägen Ja zu sagen.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

Genehmigung des kommunalen Reglements „Ersatzabgaben für die Befreiung von der Parkplatzherstellungspflicht“ und Inkraftsetzung desselben per 1. Januar 2014.

wird mit einstimmig angenommen.

Stäger Urs, GPK: Ich darf Ihnen die Meinung der GPK zum Bericht 12126 zum Postulat 12049 der Grünen Wohlen, betreffend attraktiver öffentlicher Verkehr für Wohlen mitteilen: Es geht um eine direkte S-Bahnlinie Freiamt-Limmattal-Zürich.

Auch dieses Geschäft wurde durch die GPK eingehend geprüft und besprochen. Das Anliegen ist beim Kanton deponiert. Gemäss Aussage der zuständigen Stelle des Kantons, ist eine Umsetzung, des aus Sicht der GPK berechtigten Anliegens derzeit sowohl aus technischen wie auch aus Kostengründen nicht machbar. Es gibt allerdings Mitglieder der GPK welche dies anders sehen.

Der Gemeinderat ist bereit immer wieder das Thema in Aarau zu thematisieren. Ein Mitglied der GPK ist der Meinung, dass das Postulat nicht abgeschrieben werden soll, der Druck auf Aarau sei dadurch etwas grösser. Die anderen sechs Mitglieder der GPK empfehlen ein Abschreiben des Postulates.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich danke dem Sprecher der GPK für seine Berichterstattung. Auf Seite 3 unter Punkt 5 sind die Aktivitäten aufgelistet, welche der Grossrat in seinem Jahresprogramm bereits beschlossen hat. Ich bin Präsident des Regionalplanungsverbands Unteres Bünztal und ich kann Ihnen mitteilen, dass wir eng mit den anderen beiden Regionalplanungsverbänden Mutschellen und Oberfreiamt zusammenarbeiten. Wir setzen uns für die Anliegen ein. Im öffentlichen Verkehr braucht alles seine Zeit. Wir sind jedoch permanent bemüht eine Verbesserung zu erreichen. Mit dem Bericht zum Vorstoss haben wir unseren Auftrag erfüllt. Wir bitten Sie nun dieses Postulat abzuschreiben. Wir setzen im Rahmen unserer Möglichkeiten alles daran, bessere Verbindungen zu erhalten.

Fraktionsmeinungen

Brunner Edwin, SVP: Seit rund einem Jahr arbeite ich in Zürich-Altstetten und fahre täglich mit der Bahn dorthin. Ich habe zweimal stündlich eine Verbindung nach Zürich und morgens noch zusätzliche direkte Zugverbindungen nach Zürich-Altstetten und Zürich-Hauptbahnhof. Am Abend gibt es diese direkte Verbindung dreimal pro Stunde. Wohlen ist wirklich gut an den öffentlichen Verkehr angeschlossen und ich finde, wir können dieses Postulat guten Gewissens abschreiben.

Burkard Thomas, Grüne: Wir sind einstimmig dafür, den Bericht so entgegenzunehmen und das Postulat abzuschreiben. Wir bedanken uns für die Antwort auch wenn sie, nicht ganz unerwartet, negativ ausgefallen ist. Für uns ist das Anliegen aber nach wie vor aktuell, genauso wie für viele Pendler die jeden Tag nach Zürich oder ins Limmattal fahren müssen. Wir sollten den Druck auf allen Ebenen und in allen Gremien aufrechterhalten, damit Wohlen als viertgrösste Gemeinde des Kantons Aargau, zusammen mit dem ganzen Freiamt, selbstverständlich die angemessenen öffentlichen Verbindungen erhält.

Wohlen bezahlt mit CHF 1'500'000.00 pro Jahr verhältnismässig viel für den öffentlichen Verkehr, dafür möchten wir auch entsprechend gute Leistungen erhalten. Wir sehen an der Antwort auch, dass es Aarau in dieser Hinsicht leichter hat als Wohlen und wir als Randregion mehr um Gehör kämpfen müssen. Laut den Aussagen des Gemeinderats wie auch gemäss dem Zeitungsartikel von Ende August, dürfen ab 2016, zu den Hauptverkehrszeiten, immerhin mit weiteren direkten Zügen nach Zürich rechnen. Wir freuen uns über diese Entwicklung und werden sie im Auge behalten. Wir sind der Meinung, dass allenfalls ein

neuer Vorstoss zu gegebener Zeit mehr bewirken kann, als das jetzige Postulat aufrechtzuerhalten.

Geissmann Armin, FDP: Wir haben ein Projekt und es sind mehrere Vorstösse verschiedener Parteien vorhanden, so dass das S-Bahn-Projekt eventuell bis 2016 realisiert werden kann. Wir sind auf dem richtigen Weg und sollten ihn auch weitergehen.

Meier Cyrille, SP: Wir erachten den Bericht für gut und das Postulat als abgeschrieben. Dies bedeutet für uns aber nicht, dass wir nichts mehr unternehmen wollen. Wohlen bezahlt viel für den öffentlichen Verkehr, doch das Angebot ist eher zufriedenstellend als ausgezeichnet. Standorte wie Aarau werden bevorzugt behandelt und aus diesem Grund müssen wir uns weiter dafür einsetzen, dass Wohlen noch besser an den öffentlichen Verkehr angeschlossen wird. Dazu müssen wir unsere demokratischen Mittel verwenden.

Isler Roger, CVP: Aus unserer Sicht ist der Wunsch nach besseren Verbindungen nach Zürich berechtigt. Wir wünschen uns Verbindungen mit vernünftigen Reisezeiten, ohne Umsteigen, mit schnelleren Anschlüssen und häufigerer Frequenz als heute. Von den Verbindungen in Richtung Westen sprechen wir momentan gar nicht. Die Antwort war, dass es zu wenig Nachfrage und Potential gäbe. Das deckt sich nicht mit meinen Erfahrungen. Der Personenverkehr hat Vorrang, aber wir sind an der Hauptgüterverkehrsachse und ich sehe hier einen klassischen Zielkonflikt. Der Aargau hat einen neuen Verkehrsminister und an diesen appelliere ich: „Nehmen Sie sich den kantonalen Richtplan zu Herzen, dort steht nämlich, dass Kernstädte Knotenpunkte des übergeordneten Verkehrsnetzes sind“. Wohlen ist eine solche Kernstadt, es ist wichtig, dass sich die Region für Verbindungen einsetzt, alleine hat es Wohlen schwer bei Kanton und Bund. Die Grossratsmitglieder aus der Region sind hier gefordert.

Immerhin merkt man seit ein bis zwei Jahren, dass diese Vorstösse vom Gemeinderat ernst genommen werden und er sich auch für den öffentlichen Verkehr einsetzt. Deshalb sind wir auch mit der Abschreibung einverstanden. Weil die Verkehrsanbindung ein wesentlicher Standortfaktor und somit ein strategisches Ziel sind, wünschen wir uns einen noch stärkeren Einsatz des Gemeinderates dafür.

Sax Simon, EVP/GLP: Wir bedanken uns für die Ausarbeitung des Berichtes. Wir erachten einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr als sehr wichtig, aus diesem Grund hegen wir grosse Sympathien für dieses Postulat. Wir müssen aber leider zur Kenntnis nehmen, dass der Kanton der Region Aarau den Vorzug gegeben hat. Ein kleiner Lichtblick bleibt aber, als mittelfristige Massnahme werden unserer Region zusätzliche Direktzüge nach Zürich in Aussicht gestellt. Und langfristig, was allerdings einen Zeithorizont von dreissig Jahren bedeutet, auch der durchgehende 30-Minuten-Takt nach Zürich. Das Anliegen unserer Region muss fortwährend in Aarau vertreten werden.

Wir fordern auch ausdrücklich die Verwaltung dazu auf, im Interesse von Wohlen gute öffentliche Verbindungen zu unterstützen. Da das Postulat mit dem Bericht erfüllt ist, werden wir der Abschreibung zustimmen, den Inhalt und das Anliegen jedoch nicht als erledigt betrachten.

Einzelvoten

Degischer Oliver, SVP: Es gibt morgens zwei Direktzüge nach Zürich und abends drei Direktzüge wieder zurück. Der Direktzug benötigt 42 Minuten nach Zürich, der Zug über Lenzburg benötigt 44 Minuten. Ich finde diese Reisedauer vertretbar. Ich nutze den Zug selbst täglich. Ich finde auch immer einen Sitzplatz und habe kein Bedürfnis nach noch mehr direkten Verbindungen nach Zürich, sie sind meiner Meinung nach ausreichend.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

Der Bericht 12126 zum Postulat 12049 betreffend „Attraktiver ÖV für Wohlen: Direkte S-Bahnlinie Freiamt – Limmattal – Zürich“ sei gutzuheissen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.

wird einstimmig angenommen.

Keller Anna, GPK-Präsidentin: Kurz zusammengefasst geht es bei dieser Vorlage darum, dass die politische Bildung bei Jugendlichen in Wohlen verstärkt in der Schule gefördert wird und von der Gemeinde auch finanziell stärker unterstützt wird. Auf Wunsch des Gemeinderates wurde von einer Arbeitsgruppe das vorliegende Konzept erarbeitet. Es legt dar, wie die drei bereits bestehenden Gefässe Staatskundetag, Jugendrat und Jugendsession stärker miteinander verknüpft und aufeinander abgestimmt werden können. Die Hauptziele der politischen Bildung bei Jugendlichen sind im Konzept und in der Vorlage Seite 2 aufgelistet. Es ist vorgesehen, dass die Jugendsession neu jährlich stattfinden soll und die drei Schulzentren je CHF 500.00 für den Staatskundetag erhalten sollen. Insgesamt soll der Kredit pro Jahr um CHF 5'700.00 erhöht werden.

Die Diskussion innerhalb der GPK drehte sich vor allem um die Frage, ob politische Bildung der Jugendlichen vor allem Sache der Schule oder auch im Interesse der Gemeinde und eventuell der Parteien sei? Wie ist es mit dem Elternhaus? Was brauchen Jugendliche, in deren Elternhaus wenig oder keine politischen Diskussionen stattfinden, im Unterschied zu den Kindern der hier Anwesenden, die politisch sicher einiges mit auf den Weg bekommen werden? Einerseits ist der Staatskundeunterricht Inhalt im Lehrplan und damit eine Aufgabe der Schule. Die jedoch je nach Lehrkraft mehr oder weniger Gewicht hat. Andererseits bietet die Jugendsession eine praktische Erprobung von Demokratie und Mitbestimmung im realen Umfeld der Gemeinde Wohlen.

Die GPK findet es wichtig, dass sich möglichst viele Menschen an der Politik beteiligen. Jugendpolitik kann für Kinder, die aus einer Familie mit wenig politischem Interesse und Wissen stammen, eine Chance und Möglichkeit sein, sich dennoch politisches Wissen und erste Erfahrungen anzueignen. Wichtig ist allerdings auch, dass die Mitglieder des Einwohnerrates an der Jugendsession teilnehmen und den Jugendlichen ebenfalls aufzeigen wie wichtig Politik ist und wie wichtig es ist, dass junge Leute sich damit beschäftigen und daran teilnehmen. Das Ziel ist nicht, aus den Jugendlichen Kandidaten für den Einwohnerrat zu machen, sondern dass mündige Bürger ihr Stimm- und Wahlrecht wahrnehmen.

Letztlich blieb die Uneinigkeit bestehen, ob einzig die Schule oder auch die Gemeinde sich an der politischen Bildung der Jugendlichen beteiligen soll. Die GPK stimmte dem Kredit von neu CHF 17'200.00 mit 4:3 Stimmen zu. Alle haben das Konzept zur Kenntnis genommen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Es ist bereits im Vorfeld über diese Vorlage berichtet worden. In der Zeitung standen ein paar Dinge die nicht ganz den Tatsachen entsprechen. Aus diesem Grund möchte ich mit einer kleinen Präsentation auf diese Dinge eingehen.

Wir haben einen Einwohnerratsbeschluss vom 27. Januar 2002, bei dem eine Motion darüber eingereicht wurde, ob man eine Jugendsession einrichten solle. Diese Motion wurde am 17. Juni 2002 überwiesen und am 17. November 2003 hat der Gemeinderat Bericht 10078 in den Einwohnerrat gebracht. Dort wurde die Einführung der Jugendsession beschlossen. Im Jahr 2004 war dann die erste Jugendsession, im Jahr 2006 die zweite und im Jahre 2008 die dritte. Die dritte Jugendsession hat als Ergebnis den Wunsch aufgebracht, dass man einen ständigen Jugendrat einrichten wolle. Am 1. Dezember 2008 wurde der Auftrag vom Gemeinderat erteilt, ein Konzept zu erarbeiten. Dieses wurde dann am 11. Mai 2009 im Gemeinderat genehmigt und es wurde gesagt, man solle im Budget CHF 6'000.00 für den Jugendrat bereitstellen, dies wurde auch gemacht. Im Jahr 2010 war die vierte Jugendsession, daraus wurde dann der Dirtpark entwickelt. Am 29. November 2010 hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe für den Dirtpark eingesetzt und im Mai 2011 wurde der Antrag auf eine jährliche Durchführung der Jugendsession gestellt. Am 14. Juli 2011 wurde der Bericht und Antrag dazu im Gemeinderat gestellt, dieser hat auf den Einwohnerratsbeschluss verwiesen und gefordert, dass ein Bericht und Antrag ausgearbeitet und dem Einwohnerrat vorgelegt werden solle. Im Jahr 2012 wurde die fünfte Jugendsession abgehalten. In den Jahren 2012 und 2013 hat eine Arbeitsgruppe das Konzept der politischen Bildung ausgearbeitet. Die Arbeitsgruppe bestand aus der Schule, aus mir und aus dem VJF. Am 29. Juli 2013 hat der Gemeinderat den Bericht und Antrag zuhanden des Einwohnerrats verabschiedet und heute können Sie entscheiden.


Politische Bildung bei Jugendlichen



Ausgangslage

ER 27.01.2002	Motion «Jugendsession» wird eingereicht
ER 17.01.2002	Motion «Jugendsession» wird überwiesen
ER 17.11.2003	B&A 10078 «Jugendsession» wird beschlossen
2004	1. Jugendsession
2006	2. Jugendsession
2008	3. Jugendsession -> «Jugendrat»
GR 01.12.2008	Auftrag an VJF Erarbeiten: «Konzept Jugendrat»
GR 11.05.2009	Genehmigung «Konzept Jugendrat»: Budget jährlich 6'000
2010	4. Jugendsession -> «Dirtpark»
GR 29.11.2010	Einsetzung «Arbeitsgruppe Dirtpark»
GR 23.05.2011	Antrag Wechsel auf jährliche Durchführung Jugendsession
GR 14.07.2011	Ausarbeiten B&A Wechsel Durchführungsrhythmus
29.09.2012	Eröffnung Dirtpark
2012	5. Jugendsession -> verschiedene Anliegen -> Jugendrat
2012/2013	Arbeitsgruppe «Politische Bildung bei Jugendlichen» <small>Paul Bitschnau, Rolf Stadler, Regula Walder, Clifford Schmid, Paul Huwiler, Claudia Weber</small>
GR 29.07.2013	Genehmigung B&A 12132 «Politische Bildung bei Jugendlichen»
ER 23.09.2013	B&A 12132 «Politisch Bildung bei Jugendlichen»

Beim Zweijahres-Rhythmus der Jugendsession ging dadurch, dass die Schüler jeweils nur einmal daran teilnehmen konnten, sehr viel Wissen verloren. Der Einjahres-Rhythmus behebt dieses Problem, da die Schüler dann zweimal an der Jugendsession teilnehmen können. Die älteren Schüler können die jüngeren in den Parlamentsbetrieb einweisen.

Politische Bildung bei Jugendlichen 

Zweijahres Rhythmus

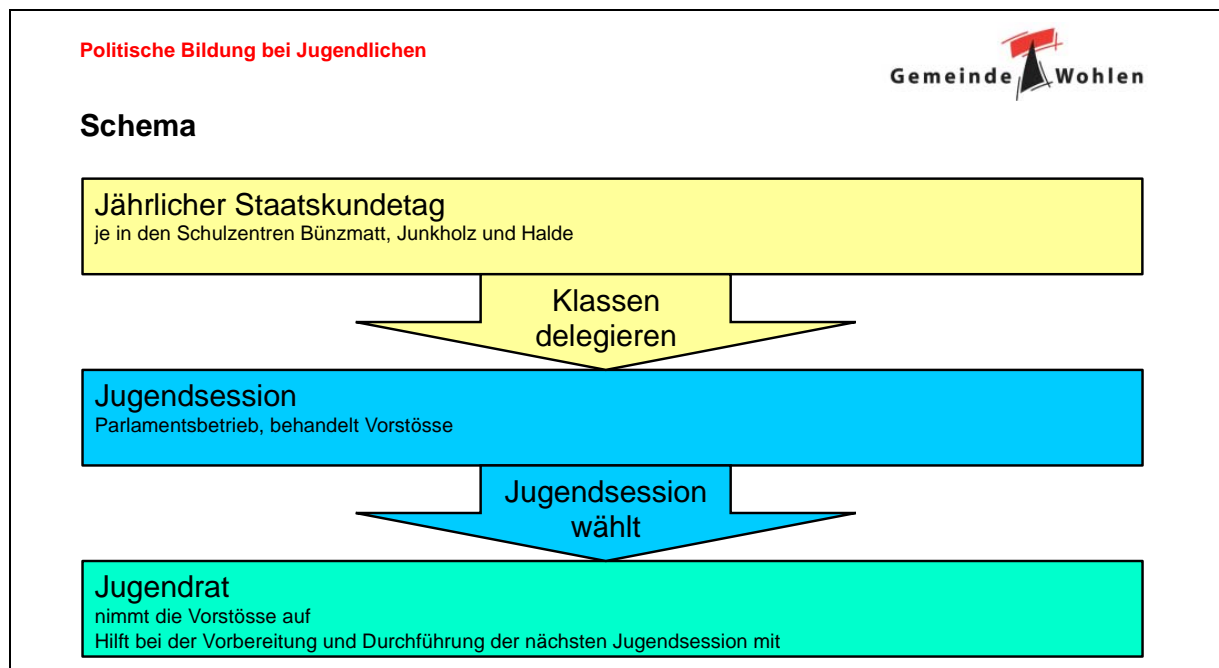
Jugendsession alle zwei Jahre mit Jugendlichen der 3. + 4. Oberstufe
 Niemand kann zwei Mal teilnehmen
 Das ganze Know How geht jedes mal komplett verloren

Einjahres Rhythmus


Jugendsession jedes Jahr mit Jugendlichen der 2. + 3. Oberstufe
 Jugendliche können zwei mal teilnehmen
 Das Jugendsession Know How wird weitergegeben

Konzept Politische Bildung
 Jährlicher Staatskundetag an allen drei Schulzentren (Schule Wohlen)
 Jährliche Jugendsession
 Ständiger Jugendrat

Das Konzept Politische Bildung sieht vor, dass man einen Staatskundetag vorschaltet, jährlich eine Jugendsession durchführt und einen ständigen Jugendrat hat.




Zu den Finanzen kann ich sagen, dass wir anfangs CHF 11'000.00 budgetiert hatten. Wenn wir aber die Jahre 2004 und 2005 anschauen, kann man diesen Betrag durch zwei teilen. Seit wir den Jugendrat haben, hat sich der Betrag auf CHF 8'500.00 erhöht. Wenn man den jährlichen Rhythmus einführt, entstehen Kosten von total CHF 17'200.00. Dieser Betrag teilt sich auf in die „alten“ CHF 8'500.00 und die zusätzlichen „neuen“ CHF 9'700.00. Sie entscheiden heute über den Mehrbetrag von CHF 9'700.00. Mit diesen Mehrkosten wird der Konstruktionsfehler des Jahresrhythmus behoben und die Schule fest ins Konzept eingebunden. Die Schule hat das Konzept mitentwickelt und dem Gemeinderat vorgelegt.

Politische Bildung bei Jugendlichen 

Finanzen

Jahr	Session	Jugendrat	Schulen	Total	Ø	+
2004	11'000			11'000	5'500	
2005				-	5'500	
2006	11'000			11'000	5'500	
2007				-	5'500	
2008	11'000			11'000	5'500	
2009				-	5'500	
2010		6'000		6'000	8'500	
2011	11'000	6'000		17'000	8'500	
2012	9'706	5'294		15'000	7'500	
2013	13'200	2'500	1'500	17'200	17'200	9'700
2014	13'200	2'500	1'500	17'200	17'200	9'700

Politische Bildung bei Jugendlichen 

Replik

Die Kostensteigerung gegenüber heute beträgt CHF 9'700.00
 Mit diesen Mehrkosten wird der Konstruktionsfehler «alle 2 Jahre» behoben
 Die Schule ist fix im Konzept eingebunden
 Die Schule hat das Konzept mitentwickelt und dem Gemeinderat vorgelegt
 Die politische Bildung der Jugendlichen ist ein Anliegen des Gemeinderates
 Er beauftragt mit der Durchführung einen professionellen Dienstleister (VJF)
 Der professionelle Dienstleister setzt die LV des Gemeinderates strikt um
 Jugendrat und Jugendsession werden politisch neutral begleitet
 Jugendrat und Jugendsession sind Instrumente der Gemeinde Wohlen
 Kritik der SVP am VJF ist völlig verfehlt. Auftrag am 14.07.2011 erteilt
 Politische Bildung bezahlt sich aus

Die politische Bildung der Jugendlichen ist ein Anliegen des Gemeinderats und er beauftragt für die Durchführung der Jugendsession den VJF, welcher die Leistungsvereinbarung strikt umsetzt. Der Jugendrat und die Jugendsession sind politisch neutral begleitet, sie sind jugendpolitische Instrumente der Gemeinde Wohlen. Die Kritik der SVP am VJF ist verfehlt, wurde der Auftrag vom Gemeinderat doch bereits im Jahr 2011 erteilt.

Fraktionsmeinungen

Gregor Ariane, CVP: Uns gefällt der Bericht und Antrag, denn es wird klar umschrieben worum es geht. Das Ganze wird unterstrichen durch ein allumfassendes Konzept, in welchem die Ausgangslage und die Ziele einfach formuliert sind.

Eine gesunde politische Bildung von Jugendlichen durchläuft meines Erachtens ein Programm mit vier Phasen. Im Elternhaus erhalten Kinder die ersten Informationen, in der Schule werden den Kindern die politischen Begrifflichkeiten erläutert, in der Jugendsession erlernen die Jugendlichen das politische Verhalten. Politisch angeregt zu diskutieren und Argumente vorzubringen und zu vertreten, Niederlagen zu erkennen und zu akzeptieren, diese Fähigkeiten müssen erlernt werden. Dafür bietet sich die Plattform Jugendsession an. Die Parteien und die Gesellschaft gewähren in einer vierten Phase das Festsetzen des Erlebens der demokratischen Strukturen. Dann können die Jugendlichen Verantwortung für das eigene Tun übernehmen.

Es ist sehr wichtig, dass Jugendliche Demokratie erleben, um urteilen und handeln zu können. Sie sollen lernen Argumente zu sammeln und diese anständig verbal zu verteidigen. Ich durfte schon einige Male aktiv an einer Jugendsession teilnehmen und ich nehme diese Termine sehr gerne wahr, denn die politische Zukunft ist jung. Ich möchte wissen, wie die Jungen denken und welche Themen sie bewegen. Am Rande erwähnt, sind die anständig formulierten Voten dieser Jugendlichen an den Jugendsessionen eine wahre Freude. Diese Qualifikation kann ich unserem Einwohnerrat nicht immer erteilen.

Die Resultate aus der Jugendsession wirken nachhaltig. Es gibt mit der Einrichtung des Jugendrats oder der Erstellung des Dirtparks messbare Werte und wir können die Effizienz der Jugendsession noch steigern, indem wir sie jährlich stattfinden lassen.

Es ist eine massvolle und gemeinnützige Vorlage die leider nur ein Teil unserer Jugendlichen nutzen darf. Für die CVP sind die im Konzept formulierten Ziele in den vergangenen Sessionen erfüllt worden. Die CVP ist überzeugt, dass die Schule einen Teil der politischen Bildung übernehmen soll. In den jährlich stattfindenden Sessionen wird die Wissensvermittlung Politik aber zusätzlich auf eine natürliche Art gefestigt. Wir können nicht den Anspruch erheben, dass die Jugendsession Kandidaten für politische Ämter hervorbringt und dies ist auch kein formuliertes Ziel. Wir heissen diesen Bericht und Antrag einstimmig gut, da uns die politische Bildung von Jugendlichen diese Ausgabe wert ist.

Meier Cyrille, SP: Für uns hat die politische Bildung von Jugendlichen hohe Priorität. Das Interesse an der politischen Bildung hat im Allgemeinen abgenommen in letzter Zeit. Ich denke, dass nicht alle Eltern ihren Kindern die grosse Bedeutung der Politik vermitteln. Die Gemeinde Wohlen bietet mit der Schule und dem VJF zusammen den Staatskundetag, den Jugendrat und mit der Jugendsession eine gute Plattform für politisches Denken. Der VJF hat den Auftrag erhalten, diese Tage durchzuführen und leistet damit eine wertvolle Dienstleistung im Auftrag der Gemeinde. Die Schüler erlernen von Grund auf, wie unsere Demokratie funktioniert.

Wir betrachten es als sinnvoll, wenn die Jugendsession jährlich durchgeführt wird, um das Wissen an die jüngeren Teilnehmer weitergeben zu können. Es ist wichtig den Jugendlichen eine Plattform zu bieten, auf der sie ihre Meinung kundtun können.

Das Konzept überzeugt uns und zeigt klar die Kosten auf, welche die Gemeinde übernehmen muss. Eine Investition in die Jugend ist immer der richtige Schritt, gerade wenn es um ein so wichtiges Thema wie Politik geht. Guter Nachwuchs würde auch unserem Einwohnerrat gut tun. Wir unterstützen den Kredit und nehmen das Konzept zur Kenntnis.

Vogt Roland, SVP: Unsere Fraktion unterstützt die politische Bildung von Jugendlichen. Es ist wichtig, dass unsere Jugend sich Gedanken macht was in diesem Land geschieht. Gehört es aber zum Auftrag einer Gemeinde die politische Bildung von Jugendlichen zu unterstützen und zu finanzieren? Wir beantworten diese Frage mit nein. In erster Linie gehört es zum Auftrag der Schule, den Jugendlichen die politischen Grundlagen zu vermitteln. So steht es auch im aktuellen Lehrplan. Auch im Elternhaus sollte Politik erlebt werden können und wenn dies nicht möglich ist gibt es immer noch Parteien. Die grössten Parteien sind vertreten und jede Partei wird sich über neue Mitglieder freuen. Zudem haben sich in unserer Region auch verschiedene Jungparteien geformt die aktiv am Politgeschehen teilnehmen. Es gibt somit genügend Möglichkeiten für junge Politinteressierte.

Wenn der Gemeinderat die Auffassung vertritt, er müsse die Jugendlichen politisch unterstützen, sendet er ein falsches Zeichen an die Jugend. Möchte unsere Jugend etwas erreichen, soll sie dafür etwas leisten und die finanziellen Mittel selbst beschaffen. Unsere knappen Steuergelder sind dafür nicht vorgesehen. Sämtliche Parteien oder auch Vereine werden von ihren Mitgliedern, von Aktivitäten oder von privaten Sponsoren finanziert. Möchte der Jugendrat sein Weiterbestehen sichern, soll er seine Struktur überarbeiten und die finanziellen Mittel selbst beschaffen, alles Andere entspricht einem sozialistischen Denken.

Im Konzept des VJFs steht unter Punkt 5 folgendes:

„Die Schweiz ist das Land der direkten Demokratie, Jugendliche müssen und sollen frühzeitig lernen was das heisst und welche Verantwortung jeder einzelne Bürger übernehmen muss, damit Demokratie funktionieren kann. Jugendliche können sich durch ein gutabgestimmtes Programm Kompetenzen aneignen, welche für ihre Zukunft von grosser Bedeutung sind.“

Wenn der Staat oder hier die Gemeinde zahlt, stimmt das Programm und die direkte Demokratie funktioniert. Wenn kein Geld fliesst müssen die Kompetenzen eingebracht und die Mittel durch eigene Anstrengungen beschafft werden.

Die Gemeinde unterstützt die lokalen Vereine mit einem jährlichen Beitrag von CHF 1'000.00 bis CHF 3'000.00. Die bisherige Beteiligung der Gemeinde für den Jugendrat von CHF 6'000.00 ist aus unserer Sicht bereits zu hoch. Der beantragte Kredit über CHF 17'200.00 ist unverschämt und für die meisten Parteien und Vereine ein Schlag ins Gesicht. Und dass die Institution VJF von der Gemeinde jährlich CHF 180'000.00 erhält ist in diesem Saal vermutlich nicht bekannt. Wahrscheinlich auch nicht, dass der Verein für das nächste Jahr eine Erhöhung um CHF 45'000.00 beantragt hat.

Unsere Fraktion ist sich bewusst, dass der Gemeinderat die Erhöhung des Kredits in eigener Kompetenz hätte bestimmen können und begrüsst den Entscheid die Vorlage dem Einwohnerrat vorzulegen. Wenn er seinem Leitbild treu bleiben will, dass Wohlen offen und transparent geführt wird, ist dies der richtige Weg. Leider gehen seine Ansichten in die falsche Richtung. Unsere Fraktion wird den beantragten Kredit einstimmig ablehnen und das Konzept zur Kenntnis nehmen und vergessen.

Duschén Andrea, FDP/Dorfteil Anglikon: Es ist allgemein bekannt, dass das politische Interesse der Jugendlichen heute eher gering ist. Wir sind der Meinung, dass sich die Jugendsession bewährt hat und die Begründung für diesen Kredit ist für uns nachvollziehbar und wir empfinden ihn auch als sinnvoll. In unser politisches System zu investieren ist gut investiertes Geld. Wir stimmen dem Bericht und Antrag einstimmig zu.

Gsell Barbara, GLP/EVP: Das Interesse an der Politik nimmt generell ab. Oft heisst es, man könne ja sowieso nichts ändern. Genau aus diesem Grund ist es wichtig, dass man bereits

bei den Jugendlichen anfängt, ihr Interesse an Politik zu wecken. Die Jugendsession und der Jugendrat sind dazu geeignete Werkzeuge.

Wir verstehen, dass mit der Durchführung der Jugendsession jedes zweite Jahr das Wissen und die Erfahrungen der Teilnehmer jedes Mal wieder von neuem aufgebaut werden müssen. Deshalb ist die jährliche Durchführung sinnvoll und die Mehrkosten scheinen uns vertretbar. Die Verknüpfung mit dem Staatskundetag an den Schulen ist sinnvoll. Es kann aber nicht Aufgabe der Schule sein, sich um die Jugendsession und den Jugendrat zu kümmern, diese Kapazitäten hat die Schule nicht. Die Gemeinde sollte diese Aufgabe übernehmen und weiterhin in die politische Bildung der Jugendlichen investieren.

Im vorliegenden Konzept wurden uns die Ziele sehr genau dargelegt. Wir werden dem Bericht und Antrag zustimmen und nehmen vom Konzept Kenntnis.

Wüthrich Beat, Grüne: Unsere Fraktion stimmt dem Bericht und Antrag einstimmig zu. Die jährliche Jugendsession ist sinnvoll, nachvollziehbar und gut begründet. Die Mehrkosten durch die jährliche Session sind vertretbar. Wir begrüßen es, dass ein Konzept erarbeitet und im Voraus vorgestellt wurde. Wir danken der Arbeitsgruppe für die geleistete Arbeit.

Das Konzept zeigt wie das Zusammenspiel der Akteure Schule und Gemeinde funktionieren soll. Die Schule ist mehr für den theoretischen Teil zuständig und die Gemeinde für den praktischen Teil mit der Jugendsession und dem Jugendrat. Beides ist wichtig, um junge Leute zur Teilnahme am politischen Geschehen zu bewegen. Bei der Suche nach Kandidaten für den Einwohner- und Gemeinderat haben wir jetzt gemerkt, dass politischer Nachwuchs fehlt. Im Vorfeld hat man gehört, dass die Suche schwierig sei und das zeige, dass Jugendsession und Jugendrat bis jetzt versagt hätten. Doch vielleicht ist es gerade umgekehrt und es braucht mehr Jugendsessionen, um Kandidaten zu finden. Unsere Fraktion findet die Steuergelder dafür gut eingesetzt und stimmt dem Antrag einstimmig zu. Das Konzept nehmen wir dankend zur Kenntnis.

Einzelvoten

Huwiler Paul, Gemeinderat: Der VJF heisst zwar Verein, aber wir schütten als Gemeinde nicht einfach einen Vereinsbeitrag aus, denn der VJF ist eine Unternehmung, ein KMU, und erbringt für uns eine geldwerte Leistung, welche wir mit einer Leistungsvereinbarung einkaufen.

Isler Roger, CVP: Politik ist überall und Politik ist jederzeit. Sei es in einer Firma oder hier im Einwohnerrat, wenn es darum geht Entscheide zu fällen oder eine Strategie zu entwickeln oder man in einer Geschäftsleitung argumentieren muss. Politik ist in einem Vereinsvorstand, wo man miteinander diskutieren und entscheiden muss. Diese Fähigkeiten muss man irgendwann erlernen.

Ich habe auch schon Workshops an der Jugendsession geleitet. Es ging darum, dass Jugendliche ihre Ideen anderen Jugendlichen präsentieren wollten. Damit sie ihre Meinung durchbringen konnten, mussten sie dafür die Mehrheit erreichen. Diesen Prozess kann man üben und schlussendlich sogar einen Antrag formulieren und diesen an die Gemeinde weitergeben. Im Idealfall kommt sogar etwas Gutes, wie ein Dirtpark, dabei heraus. Für diesen haben die Jugendlichen selbst Geld gesammelt und sich auch beim Bau engagiert. Die Jugendsession ist ein toller Ort um die Fähigkeiten der Politik zu erlernen und zu schauen, wie eine Demokratie funktioniert. Schlussendlich entscheidet jeder selbst, ob er als Stimmbürger abstimmen geht oder sich politisch in einem Einwohnerrat engagiert. Die Jugendsession finde ich sehr wichtig und deshalb bin ich dafür, dass man den Antrag annimmt.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich muss gestehen, dass ich die Jugendsession auch eine gute Veranstaltung finde und es auch Freude macht sie hin und wieder zu besuchen. Wenn aber einige Parteien Mühe haben Kandidaten zu finden, dann hat das mit Bequemlichkeit und Faulheit zu tun. Fakt ist, dass es die Jugendsession und die Ausbildungsbemühungen für Jugendliche schon lange gibt und die politische Landschaft offenbar trotzdem noch Mühe hat politische Kandidaten zu finden. Bis jetzt ist der Ertrag eher bescheiden.

Was ich hier drin vermisse, ist ein Gespräch über die Finanzen. Wir haben einen Finanzkommissionspräsidenten der nun vor der Aufgabe steht, das Budget auf Sparmöglichkeiten zu untersuchen. Wir müssen den Gemeindehaushalt sanieren und reden hier wieder über neue Ausgaben. Die Finanzen interessieren hier schlicht und ergreifend niemanden. Aber die Steuern sollen um 3% erhöht werden. Das passt einfach nicht zusammen und mich würde die Meinung des Präsidenten der Finanzkommission dazu interessieren. Wir müssen hier endlich auf die Bremse treten, sonst geraten wir in eine Abwärtsspirale, die nicht mehr aufzuhalten sein wird.

Geissmann Armin, FDP: Es geht hier nicht um die Finanzen. Ich war selbst an einer Jugendsession und habe diese als gelebte Demokratie empfunden. Die jährliche Jugendsession kommt uns günstiger als unzufriedene und randalierende Jugendliche.

Lütolf Harry, CVP: Für mich gehört das einfach zum Bildungsauftrag der Gemeinde. Im Paragraph 38 der Kantonsverfassung geht es um die Jugendbelange und Kantone und Gemeinden werden aufgefordert diese ernst zu nehmen und bei all ihren Bedürfnissen, Tätigkeiten und Anliegen zu unterstützen. Auch obliegt es den Gemeinden, den Jugendlichen Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Warum haben unsere Vorfahren vor zweihundert Jahren die obligatorische Schulpflicht eingeführt? Sie wussten, dass eine Demokratie nur dann möglich ist, wenn die Leute lesen und schreiben können und eine Bildung erhalten. Unsere heutige Welt ist noch komplexer geworden und die heutigen Jugendlichen verdienen es, dass man in ihre politische Bildung investiert. Eine aktive Demokratie ist nur mit mündigen und gut gebildeten Bürgern möglich.

Meier Cyrille, SP: Für mich ist auch klar, dass die Gemeinde die politische Bildung in Wohnen übernehmen sollte. Nicht jede Schule zeigt an einem Staatskundetag das gleiche Interesse und so besteht eigentlich gar keine Chancengleichheit, da nicht jeder Jugendliche die gleiche Chance hat, in den Genuss von politischer Bildung zu kommen. Das Votum der SVP zeigt, dass sie gar kein Interesse an den Jugendlichen hat.

Angst Daniel, Fiko-Präsident: Wie wir vorhin gehört haben, geht es nicht um CHF 17'200.00, sondern um die Mehrkosten von etwa CHF 10'000.00. Als Finanzkommissionspräsident kann ich nur sagen, dass ich zu den Mehrkosten von CHF 10'000.00 für die politische Bildung der Jugendlichen stehe, solange wir Geld haben, um mit 2.4% die Abfallbewirtschaftung quer zu subventionieren.

Tanner Peter, SVP: Im Vorfeld dieser Sitzung wurde von der SVP ein Text veröffentlicht indem es darum ging, dass es eher wenige Interessenten für den Einwohnerrat gäbe. 1981 gab es noch 111 Kandidaten, 2009 gab es merklich weniger Kandidaten. Und dies obwohl es immer mehr Stimmberechtigte gibt. Mehr Stimmberechtigte und doch weniger politisch Interessierte. Den Grund dafür kann ich nicht sagen.

Wir haben nicht gesagt, dass wir die Schule abschaffen wollen. Es haben aber nicht immer alle Menschen die gleichen Chancen, das ist das Leben. Die Jugendsession wird derzeit alle zwei Jahre durchgeführt. Ich war auch schon als Gast dabei, was ich auch interessant fand.

Die Jugendlichen machten dort den Vorschlag, einen Park auf dem Isler-Areal anzulegen. Dies passte unserer Obrigkeit nicht und damit wurde der Vorschlag gestrichen. Die Jugendlichen waren begeistert von dem Projekt und mussten dann aber erfahren, dass Demokratie in Wohlen nicht funktioniert. Die meisten von Ihnen, welche jetzt hier für die Vorlage sind und von Demokratie sprechen, möchten morgen schon Mitglied der EU werden. Dann wäre es vorbei mit der Demokratie.

Angst Daniel, FDP: Es gibt doch ein Ratsreglement wie man sich hier verhalten soll und wer die Redezeit hat. Ich möchte darum bitten, dass die Einwohnerräte zu den besprochenen Geschäften sprechen, ich weiss nicht, wieso hier über das Thema EU gesprochen wird.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich fand das Votum von Peter Tanner besser als das von Daniel Angst.

Abstimmung

Der Antrag des Gemeinderates

1. *Genehmigung eines jährlich wiederkehrenden Kredits von CHF 17'200.00 für die politische Bildung bei Jugendlichen.*

wird mit 22 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen angenommen.

2. *Der Einwohnerrat nimmt Konzept zur Kenntnis.*

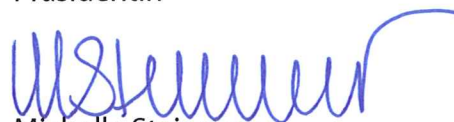
Spörri Marlis, Präsidentin: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung, ich bedanke mich ganz herzlich für die konstruktive Mitarbeit.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 14. Oktober 2013 statt. Ich wünsche Ihnen bis dahin eine gute Zeit und freue mich, sie dann wieder begrüßen zu dürfen.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll


Marlis Spörri
Präsidentin


Michelle Steinauer
Gemeindeschreiber-Stv.